

Wirtschaftliche



Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Kurszettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Verlagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Verantwortlicher Redakteur: Carl Misch, Berlin, Ullstein.
Abdruck: Ullsteinhaus, Berlin. Postfachnummer Berlin 660.

Die erste Kabinettsitzung

Regierungsarbeit auf lange Sicht

Nach einem kurzen Begrüßungsanspiel in der Reichskammer mit Aufpreis des neuen Reichskanzlers Müller-Franke und des alten Staatskanzlers Dr. Brüder, hat um elf Uhr vorläufig die erste Beratung des neuen Reichskabinetts begonnen. Es war der Regierungserklärung gewidmet, die am Dienstag nachmittag im Reichstage abgegeben werden soll. Ob sich die Einzelheiten der Rede, wie dieses Programm die wichtigsten Ziele bezeichnen, die die Regierung Müller-Franke während der nächsten Jahre in gemeinsamer Arbeit mit dem Reichstage erreichen will. Denn das Kabinett Müller betrachtet sich zunächst nicht als ein Regierungskabinett. Obwohl die Minister, die sie sich zu ihrer ersten Kabinettsitzung legten, in den Organen der Deutschen Volkswirtschaft und des Zentrum links standen, die neue Regierung ist nur eine „Rechtung“. Man kann in den höchsten Begrüßungsanspielen der „Örgermonte“ und der „Ehrlichen Stimmung“ nicht ein treffendes Wort der Begrüßung finden, warum ein Kabinett, das aus den wirklich führenden Persönlichkeiten des Parlamentes zusammengesetzt ist, in dem neuen Müller-Franke, Geering und Hilsefeld Männer wie Stresemann und Curtius, der Vorsitzende der Zentrumsfraction, P. Gieseler und Demeter von Wangen der Weg. Sozial und Reichs-Delegationen eine „Rechtung“ herbeiführen soll. Was soll und wird man im Herbst erfahren, damit aus der „Rechtung“ eine „Einrichtung“ wird? Herr v. Gieseler wird eines seiner beiden Vortragsstücke, das Verfassungsausschuss, an einer fraktionslosen Sitzung abgeben und entweder das Justizprekariat über das der Reichstag und seinen Anbänger werden, damit das Zentrum seinen Willen im Kabinett einbringen kann. Gieseler nicht. Und schon daraus ergibt sich, daß die referierte Haltung der Regierung und der Deutschen Volkswirtschaft nicht auf die politische Willkür der Regierungserklärung zurückzuführen ist, das man noch gar nicht kennt, sondern auf Veränderung der Fraktionen über die Vorgänge bei der Verhandlung über die Regierung. Innerhalb der Deutschen Volkswirtschaft ist die Zustimmung gegen Stresemann und Curtius aus, der Parteiführer wird gestützt, der Fraktionsvorsitzende ergibt in seinem einzigen Vortrag mit einer außerordentlichen Ungleichheit verhandelt hat, mit einer Zeit, die schließlich dazu führte, daß die Deutsche Volkswirtschaft die gemeinsame Sorge für die Umbildung des preussischen Kabinetts nicht erhalten hat, daß aber trotzdem in dem Kabinett Müller-Franke die beiden Reichspräsidenten Minister sind, auf die Müller-Franke Wert legt. Dr. Scholz glaubt, es ist seiner Reputation schädlich zu sein, die Deutsche Volkswirtschaft dem neuen Kabinett ein Vertrauen aussprechen. Die Zensur ist ungewisslich in der Deutschen Volkswirtschaft vorhanden, in dieser Form ganz den eigenen Führer der Partei zu demonstrieren. Man kann ruhig erwarten, ob es Dr. Scholz gelingt, die Fraktion der Deutschen Volkswirtschaft auch noch zu diesem unheilvollen Vorhaben zu bringen. Es würde kaum dem Sturz des Kabinetts Müller, aber aber das Ende der Deutschen Volkswirtschaft bedeuten, die davon lebt, daß der Außenminister Stresemann die Führer ist. Alle alle diese Verhandlungen aus dem völkerverständlichen Wege sind nicht alles tragisch zu nehmen. Die Fraktion wird sich halten, es zum offenen Konflikt mit Stresemann und Curtius zu treten, und wird es wohl vor allem dreimal überlegen, wie die durch eine abnehmende Führung von den Nationalen und gegen eine Annahme, die die Fremdenverhältnisse, die zwei preussischen Ministerparteiens aus Spiel führt, die die Deutsche Volkswirtschaft so heißt heißt.

Regierung bestimmen lassen könnte. Nach den Freien wird man über all diese Dinge anders denken und sprechen.
Man muß wissen, was das Substantiv des Kabinetts Müller-Franke politisch wirklich bedeutet, kann man sich die Presse der Rechten lesen, die man seit langem nicht so hemmungslos erzählt hat. „Daran natürlich die „Deutsche Zeitung“, die auch vor der Person des Reichspräsidenten nicht Halt macht. Die Wahl des Generalfeldmarschalls a. H. v. Hindenburg zum Reichspräsidenten ist kein Verstummen gewesen. Innerhalb habe man die Freude gehabt, er werde in der Stunde seiner Gefährdung nach Berlin nach Weiden kommen.“
„Sich aber hat“, so heißt es weiter, „der Herr Reichspräsident auf die von seiner Umgebung hin, ohne jeden äußeren Zwang und ohne irgend welchen Verstoß des Widerstandes in das rote Kabinett Müller eingetreten und wir

haben das Gefühl, als hätten wir ganz umsonst ein halbes Jahrzehnt-weites Schicksal ungewöhnlich deutschen Selbstentums zum weithin prägnanten Stiefel des neuen Staatsgebüdes hergelesen.“
Die „Deutsche Tageszeitung“ und die „Rechtszeitung“ gehen nicht so weit, auch den Reichspräsidenten anzugreifen. An dessen Stelle tritt das parlamentarische System, das daran (sich) ist, wenn die Wähler mit dem Stimmzettel über die Zusammenlegung der Reichsregierung entscheiden können. In den neuen Ministern nach dem neuen Staat gelassen. Reich und Städte waren selbstverständlich Staatsminister, ein Georing, Reich oder Stresemann sind nur „Rechtsminister“. Dabei spricht aus diesen abgesehen „Rechtsminister“ die schärfste Angst hervor, daß die Wähler ernsthaft für einen wirklich republikanischen Kurs in der deutschen Republik sorgen werden.
Diese Kurs wollten die Wähler am 20. Mai. Die Republikaner wollten mit der neuen Regierung am so besser gefahren, es wagt die Demokratischen mit ihr aufzubrechen zu werden, die Feinde was hoffen, daß sie es nur mit einem „Reichspräsidenten“ und mit einer „Rechtung“ zu tun haben.

Gouverneur Smith nominiert

Präsidentenwahlkandidat der Demokraten

Gundlitz der „Vossischen Zeitung“
nach New York, 20. Juni
Nach einem Wahltag, der, von den üblichen Vorkameraldemonstrationen für die verschiedenen Kandidaten abgesehen unterbrochen, nicht ganz eine Stunde dauerte, wurde der Gouverneur von New York, Alfred E. Smith, zum Präsidentenwahlkandidaten der Demokratischen Partei für den Wahlkampf im Herbst ernannt. Die Telegramme aus Houston geben die Zeit dieses historischen Moments genau an: Ein Uhr zwanzig Minuten in der Nacht zum Freitag, mit 849 Stimmen. Schon 734 hätten für die notwendige Dreiviertelmehrheit genügt.
Mit 724 Stimmen für Smith, die Wähler unter den „besten“ gesplittet, war der erste Wahltag an dem Gegenstand, der durch die Verhinderung des Wahlalters noch nicht offiziell geschloffen, als sich der Führer der Delegation von Ohio erhob und erklärte, er möge die Stimmabgabe für ihren Wahlkandidaten General Foxworth zugunsten der Smith ändern. Die 44 Stimmen Ohio trugen damit die Stimmengabe für Smith über die notwendige Mehrheit bereits

hin aus. Coler traten auch die Delegationen von Mississippi und Indiana „ins Spiel“, ihnen folgte ein Teil der Delegationen von Nebraska, Kansas und Tennessee. Immer wieder mußte der Vorsitzende die offizielle Stimmengabe hin ausreichen.
Raum war das Resultat endlich erreicht, erhob sich der traditionelle Zuleitern im Saal und auf dem Balkon. Mr. Geary und unerwartlich führender Schreier gab die Demokraten in Houston den Republikanern in Kansas City nichts nach.
Unter dem Vorsitz des Clauses New York begann dann die Banner-Parade der Delegationen durch die Gasse, angeführt von New Yorks Oberbürgermeister Jimmy Walker und Oberbürgermeister O'Donnell, dem Vorsitzenden der New-Yorker Parteioberleitung.
Der Wahlkampf vorausgegangen war eine lange Debatte über die am letzten Nachmittag nach schweren Kämpfen zustande gekommene „Plattform“, worin Senator Pittman, der Vorsitzende des Referatenausschusses, mitteilte, daß die Plattform bis zu einem Punkt, nämlich die Prohibition, vom Ausschuss einstimmig angenommen wurde. Für die „Prozedere“ gab dann Gouverneur Woodruff (Zego) die Erklärung ab, daß die Plattform zwar die Prozedere nicht unbedingt beschliebe, daß aber diese Wählerplattform einbringen und keine Debatte darüber vor der Wählerversammlung anfangen sollten. Die erste Erklärung gab für die „Hessen“ Gouverneur Ritchie (Marshall) ab, worauf das Wahlprogramm ohne Abänderung durch Zufugung angenommen wurde.

„Al“ Smith

Was zu prophezen nachdrager keine Gefahr mehr war, ist pünktlich angekommen: die demokratische Partei in den Vereinigten Staaten hat Alfred Emanuel Smith den derzeitigen Gouverneur des Staates New York, des „Empire State“, zu ihrem erfochten Führer, Johnson in der nunmehr zeitlich beginnenden Wahlkampf an dem seit acht Jahren von den Republikanern gehaltenen Weiße Haus.
Alfred Emanuel Smith ist nur der Name, mit dem der Sohn des reichen Fuhrmanns in der Geburtsstadt des damaligen New-Yorker Wahlleiters, der „Bowery“, ein-

getreten ist. Niemand in den weiten Staaten käme auf die Idee, ihn „Alfred Emanuel“ zu nennen. Wählt hat der Name, den keine Freunde und politischen Kameraden ihm abgeben, sich ihm haben bis zum Stimmzettel vor ausgedrückt. Es ist wenigstens das Charakteristikum am dem Mann, daß man ihn „Al“ nennt, auch das, was ihn persönlich am meisten von seinem Wahlgegner unterscheidet. Niemand würde mehr auf die Idee kommen, Herbert C. Hoover „A. B.“, „Beret“, zu nennen. Im Gegenteil, der Name, den Hoover „Al“ nennt, und nur die, wenn man sie von ihm sprechen. „Sir Eberhart“ lautet nach die Bescheidenheit. Warum jedoch Smiths Freunde nicht mit „Alfred“, daß er von seiner Jugend des Referatenausschusses, die bei beiden großen Präsidenten, die sich dem einfließen „Al“ und „Eberhart“ rufen hören. Mit „Al“ hat er die niedrige Abstammung und die selbst gelassene Erziehung, mit „A. B.“ das Leben und das Auf-und-Absteigen schlagen können.

Hindenburg an die ausscheidenden Minister

Reichspräsident a. H. v. Hindenburg hat den ausscheidenden Reichsminister Dr. Marx sowie an die Reichsminister Dergt, Dr. Brauns, Schiele, Dr. v. Raubell, Dr. Richter und Dr. Koch Schreiben geschickt, in denen er ihnen keinen Dank ausspricht. In dem Schreiben an Dr. Brauns spricht der Reichspräsident die Hoffnung aus, daß der Reichstag kein dauerndes Verbrechen begehen werde. Dr. Reichsminister Dr. Marx hat gestern einen kurzen Erholungsurlaub angetreten. Die Ernennungsaufnahme hat den neuen Reichsminister ist insofern von dem Weltkriege der früheren Reichsminister, Reichsminister a. D. Dr. Herzog, gegenseitig worden.

Seine Popularität in seinem Heimatstaat New York ist fast ohne Beispiel. Als er vom Vorzug des Staatsverordneten-Kollegiums von Groß-New York im Jahre 1919 zum Gouverneur gewählt wurde, war das nicht etwas die Folge eines demokratischen Wahlsieges, sondern ganz und gar ein persönlicher Erfolg Alfred Smiths. Die demokratische Wahlliste für die zur Neubildung liegenden Staatsämter erhielt nicht die Majorität. Aber Al Smith als Gouverneur wurde doch gewählt, weil er sich zum Stimmzettel vor ausgedrückt. republikanischen und demokratischen Kandidaten. Al hatten auch Republikaner für sich gestellt. Und heute ist, zum viertermal Gouverneur, Al Smith der Mann des öffentlichen Vertrauens auch über die Grenzen der organisierten Partei hinaus.